Hildesheimer Allgemeine Zeitung (Sarstedter Anzeiger) v. 29.05.2015, S.13

Rot-Grün bügelt Änderungswünsche der CDU ab

Partei hatte strengere Auflagen für Wiederinbetriebnahme des Kalibergwerks gefordert

VON SEBASTIAN KNOPPIK

SARSTEDT. Der Sarstedter Stadtrat hat mit den Stimmen von SPD und Grünen schärfere Auflagen für die Wiederinbetriebnahme des Kalibergwerks abgelehnt. In namentlicher Abstimmung votierten die Ratsmitglieder mehrheitlich gegen die von der CDU-Fraktion vorgebrachten Änderungsanträge. Dabei ging es unter anderem um eine Verhinderung einer neuen Salzhalde sowie um die Prüfung einer Anbindung des Verkehrs zum Schacht in der Sarstedter Glückaufstraße aus Richtung Süden.

Es war eine Ratssitzung voller gegenseitiger Angriffe und Schuldzuweisungen. Vor allem die Fraktionschefs von SPD und CDU, Dr. Karl-Heinz Esser und Friedhelm Prior, lieferten sich verbale Scharmützel. In der Sache ging es um die Stellungnahme der Stadtverwaltung im derzeit laufenden Planfeststellungsverfahren. Beraten wurden Änderungen zum Entwurf der Stadtverwaltung für die Stellungnahme. Vor allem ging es um folgende Punkte:

- Salzhalde: In Bezug auf die umstrittene neue Abraumhalde bat die Stadtverwaltung in ihrem Entwurf zur Stellungnahme, zu prüfen, „ob durch Änderung im Rückstandsmanagement das Volumen des Haldenkörpers minimiert werden kann". Die CDU hingegen ging mit ihrer Forderung deutlich weiter: Bergwerksbetreiber K+S sollte verpflichtet werden, gar keine Halde anzulegen, „soweit dies nach Auffassung unabhängiger Gutachter technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar ist". Der Rat stimmte hingegen für den Antrag von SPD und Grünen, der „eine größtmögliche Reduzierung des Volumens des Haldenkörpers durch Änderungen im Rückstandsmanagement" fordert.
- Messungen: Die CDU wollte erreichen, dass Bergwerksbetreiber K+S verpflichtet wird, ständig Messungen der möglichen Bodenabsenkungen und Verunreinigungen des Grundwassers „in allen relevanten Bereichen der Stadt einschließlich der Hochwassergebiete" vorzunehmen. Sollte es zu Verschmutzungen des Grundwassers oder zu Senkungen kommen, soll nach den Vorstellungen der CDU die Stadt sofort informiert und die Arbeit „bis zum Abschluss bergrechtlicher Prüfungen" eingestellt werden. Nach Meinung der Gruppe SPD/Grüne sind die Forderungen im Entwurf der Stadtverwaltung aber ausreichend. Sie hatte dort engmaschigere Kontrollen verlangt als die, die derzeit von K+S geplant sind.
- Verkehrsanbindung: Die Pläne von K+S sehen vor, dass die Bergleute künftig über eine neu zu bauende Straße von der Voss-Straße aus zur Glückaufstraße fahren sollen. Die CDU hatte als Alternative vorgeschlagen, eine Verkehrsanbindung des Sarstedter Schachtgeländes aus Richtung Süden zu prüfen. CDU-Fraktionschef Prior begründete dies damit, dass der Schacht in Sarstedt entgegen der ursprünglichen Planungen nicht nur als Seilfahrschacht die Mitarbeiter unter Tage bringen wird, sondern nun auch als Materialschacht genutzt werden soll. Hier sollen künftig Betriebsmittel wie Diesel oder Sprengstoff angeliefert werden. Solche Stoffe sollten aber nach Meinung Priors möglichst nicht durch Sarstedt transportiert werden. Er schlug daher vor, die Feldwege südlich der Glückaufstraße auszubauen und den Verkehr von der B 6 über Ahrbergen nach Sarstedt zu leiten.

Diesen Überlegungen widersprach SPD-Fraktionschef Esser vehement. Er hat ausgerechnet, dass dies einen Umweg von 7,4 Kilometern für die Mitarbeiter bedeutet, die in Sarstedt wohnen werden. „Die Mitbürgerinnen und Mitbürger dürfen keine Sarstedter zweiter Klasse sein", verlangte Esser.

- Hochwasserschutz: Die CDU verlangte, dass K+S Beeinträchtigungen des Hochwasserschutzes und des Grundwassers „unverzüglich nach dessen Bekanntwerden auf seine Kosten" zu beseitigen hat. Die Gruppe SPD/Grüne schloss sich hingegen dem Entwurf der Stadtverwaltung an. Darin heißt es, dass der Hochwasserschutz „in den dafür vorgeschriebenen wasserrechtlichen Verfahren" gelöst werden müsse. Außerdem verlangt die Stadtverwaltung „Lösungswege und Kompensationsmaßnahmen".

In namentlicher Abstimmung wurde über sämtliche Anträge Priors einzeln und in namentlicher Abstimmung entschieden. Dazu wurden jeweils die Namen aller 29 anwesenden Ratsmitglieder aufgerufen und deren Votum abgefragt, ein für den Stadtrat äußerst seltenes Verfahren. Neben den Ratsleuten von SPD und Grünen stimmte auch Thomas von Einem (Unabhängige) gegen die CDU-Anträge, bei den Anträgen zu Hochwasser- und Grundwasserschutz sowie Bodensenkungen auch Detlef Goldammer und Bernfried Überschär (beide WAS).

Dieser Feldweg führt derzeit aus Richtung Süden zum Sarstedter Kaligelände. Die CDU hatte vorgeschlagen, eine Ertüchtigung dieses Wegs als neue Zufahrtsstraße zu prüfen. Foto: Knoppik

Esser zu Prior: „Schämen Sie sich!"

SARSTEDT. Eine Anfrage des CDU-Fraktionsvorsitzenden Friedhelm Prior hat zu einem Eklat während der jüngsten Ratssitzung geführt. Prior wollte von Bürgermeisterin Heike Brennecke wissen, wann der sogenannte Retentionsraum in Ahrbergen zur Verfügung stehen wird, der den Hochwasserschutz in Sarstedt möglich machen soll.

Seit Jahren bereits ist geplant, die Kiesteiche in Ahrbergen miteinander zu verbinden und so Volumen zu schaffen, in das bei Hochwasser die Wassermassen fließen können. 250 000 Kubikmeter Wasser sollen dort nach den ursprünglichen Plänen Platz finden. Dieser zusätzliche Platz ist Voraussetzung dafür, dass weiter flussabwärts in Sarstedt Hochwasserschutzmaßnahmen wie etwa ein großer Deich in Giebelstieg oder auch Spundwände im Bruchgraben umgesetzt werden dürfen.

„Wann stehen denn diese Retentionsflächen tatsächlich zur Verfügung?", wollte CDU-Fraktionschef Prior wissen. Nachdem er schriftlich keine für ihn befriedigende Antwort erhalten hatte, wiederholte er seine Frage nun in der Ratssitzung. Doch eine konkrete Antwort konnte oder wollte Brennecke ihm nicht geben. „Da sind wir noch im Gespräch", sagte sie. In der kommenden Woche seien Gespräche beim Landkreis angesetzt. „Wenn es etwas Neues gibt, werden wir die Ratsgremien natürlich unterrichten", versicherte die Bürgermeisterin.

Prior verwies anschließend darauf, dass die Ratsmehrheit aus SPD und Grünen die Möglichkeit hätte, das Informationsrecht der Opposition einzuschränken. Diesen Hinweis fasste SPD-Fraktionschef Karl-Heinz Esser als Vorwurf auf. „Schämen Sie sich", sagte Esser an Prior gewandt. „Wir erhalten hier nicht privilegiert Unterlagen", versicherte der SPD-Fraktionschef.

Prior wiederum entgegnete, es gehe gar nicht um schriftliche Unterlagen, sondern um Gespräche im Vorfeld der Ratssitzungen, ohne konkret zu werden. Er bezeichnete Essers Vorwürfe als „unwürdig". Dirk Eichler (FDP) beantragte schließlich ein Ende der Debatte. Diesem Antrag stimmte die Mehrheit dann auch zu.